

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/010

Chronik vom 1. Januar 1957 bis zum 29. Oktober 1957

1957

Die beste Möglichkeit, Wort zu halten, ist, es nicht zu geben! <i>Napoleon I. Bonaparte (1769-1821, französischer Offizier und Kaiser)</i>

01.01.1957

DDR: Ab 1. Januar 1957 wird die Handelsabgabe eingeführt. Die Handelsabgabe entspricht dem sowjetischen Steuersystem ("Instrument des Klassenkampfes").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Steuern" in der SBZ (x009/426-427): >>Steuerpolitik, Steuerrecht und Steuerverwaltung haben in der SBZ neben der Beschaffung von Haushaltsmitteln für den Staat u.a. noch eine weitere Aufgabe zu erfüllen; zum Zwecke der allmählichen, aber systematischen Beseitigung von Privatunternehmen und ihrer Ersetzung durch Staatsbetriebe und die kommunistische Plan- und Zwangswirtschaft wurde das Steuerwesen unter Mißachtung der Grundsätze der Gleichmäßigkeit und der Gerechtigkeit der Besteuerung zu einem Instrument des Klassenkampfes.

Eine bedeutende Rolle spielt für die Einnahmeseite die PDA (Produktions- und Dienstleistungsabgabe), die verbrauchssteuerähnlichen Charakter trägt.

Der Klassenkampfcharakter des sowjetzonalen Steuerrechts tritt am deutlichsten bei der Einkommenbesteuerung in Erscheinung. Lohnempfänger und Angehörige der freischaffenden Intelligenz (mit Ausnahme der Rechtsanwälte, Steuerberater und dergleichen) werden steuerlich begünstigt. Für die übrigen einkommensteuerpflichtigen Personen (also insbesondere für die Inhaber landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe) gilt ein "Kapitalistentarif", dessen Progression in hohen Tarifstufen mehr als 90 % beträgt. ... Viele Betriebsausgaben sind steuerlich entweder überhaupt nicht mehr oder nur noch teilweise abzugsfähig. ...

Ab 1. Januar 1954 wurde in der "volkseigenen" Wirtschaft die Produktions- und Dienstleistungsabgabe nach dem Vorbild der sowjetischen "differenzierten Umsatzsteuer" eingeführt. Sie tritt an Stelle der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Beförderungsteuer und der Verbrauchsabgaben.

Die mit Wirkung zum 1.1.1957 eingeführte Handelsabgabe schließt in gewisser Hinsicht den Umwandlungsprozeß des sowjetischen Steuersystems ab.<<

BRD: Am 1. Januar 1957 wird das Saarland gemäß "Luxemburger Abkommen" das 10. Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

17.01.1957

DDR: Die Volkskammer beschließt am 17. Januar 1957 das "Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen" und das "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Gesetze (x009/93): >>... Im Anschluß an den 3. Parteitag der SED (März 1956) beschloß die Volkskammer am 17.1.1957:

1. das Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen";
2. das "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht".

Das 1. Gesetz gibt der Volkskammer bzw. ihrem neugebildeten "ständigen Ausschuß für die örtlichen Volksvertretungen" die Stellung eines zentralen, alles lenkenden Obersten Parlamentes - eines Obersten Sowjets, der gesetzgebend, ausführend, richtend und kontrollierend in einem ist.

Das 2. Gesetz verleiht, dem Buchstaben nach, den örtlichen Parlamenten weitgehende Leitungsgewalt, aber die Selbständigkeit ist nur scheinbar.

Das 1. Gesetz und der allgemein verbindliche Zentralismus machen die örtlichen Parlamente und Verwaltungen zu Werkzeugen der völlig von der SED beherrschten Volkskammer.

Die SED will alle örtlichen Volksvertretungen und Behörden lenken. Bei der Propagierung der "Neuen Ordnungen" für die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe (seit April 1961) verzichtet die SED auf die Tarnformel "Demokratisierung".<<

30.01.1957

DDR: Walter Ulbricht fordert am 30. Januar 1957 auf der 30. Tagung des ZK der SED, die DDR als gleichberechtigten deutschen Staat anzuerkennen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Forderung nach Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung (x009/407): >>Den Sinn dieses Vorschlages legte Ulbricht am 30.1.1957 (auf der 30. Tagung des ZK der SED) dar: Wenn, so sagte er, in Westdeutschland durch Niederlage der Regierungspartei und Stärkung des Aktionswillens der Arbeiterklasse eine neue Lage geschaffen wird, dann ist es möglich, zu einer Vereinbarung beider deutscher Regierungen zu kommen, ... einen Gesamtdeutschen Rat, der sich paritätisch aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammensetzt, zu bilden.

Die Mitglieder des Rates sollten in beiden Teilen Deutschlands auf Grund der geltenden Wahlgesetze gewählt werden ...

Der Gesamtdeutsche Rat würde die Funktionen einer Regierung der deutschen Konföderation ausüben und Maßnahmen vorbereiten, wie die Herstellung einer einheitlichen Verwaltung.

Das heißt, die SBZ, die mit dem Sowjetsektor Berlins nur etwa 17 Millionen Einwohner hat, will in der Konföderation ebenso stark vertreten sein wie die Bundesrepublik, die mit West-Berlin schon 1957 rund 52 Millionen zählte.

Augenscheinlich verspricht sich die SED von der Errichtung einer paritätisch gebildeten Staatenbunds-Regierung Aussichten für die getarnte Vorbereitung eines Bürgerkrieges, in dem die bewaffneten Kräfte der DDR zur Geltung kommen. Beide Teile Deutschlands wären ja von fremden Truppen zu räumen, was den Westen schwerstens benachteiligen würde.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konföderation" (x009/224): >>Bezeichnung für ein föderativ gegliedertes Staatswesen, das durch vertraglichen Zusammenschluß zweier oder mehrerer Staaten zustande gekommen ist. ...

In der Diskussion um die Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands wurde der Begriff der Konföderation zuerst von Ulbricht in einem Leitartikel im "Neuen Deutschland" vom

31.12.1956 gebraucht, der sich eingehender darüber vor dem 30. Plenum des ZK der SED (30.1 bis 1.2.1957) äußerte.

Eine genaue Definition der Konföderation im Sinne der SED gab Grotewohl in einer Rede vom 11.2.1957. Er stellte sich eine Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR als einen "losen Staatenverbund" vor, in dem "zunächst die beiden deutschen Staaten in ihrer gegenwärtigen Form, in ihrem Inhalt und in ihrer ganzen Lebensweise selbständig bestehen bleiben". Die Konföderation schaffe keine über den einzelnen stehende selbständige Staatsmacht. Sie wird auch von der SED nicht als "politischer Idealzustand" angesehen, sondern nur als ein "Zwischenstadium zwischen den beiden Staaten, daß die Möglichkeit wirklicher Annäherung schaffen kann".

Eine Konföderation nach kommunistischer Auffassung stellt damit keine echte Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands dar. ... Für die Regierung der SBZ ist das Schlagwort Konföderation ein weiterer Beitrag zu den Versuchen, sich als gleichberechtigter Partner in die Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung einzuschalten.<<

31.01.1957

BRD: Bundesaußenminister von Brentano erklärt während der Regierungserklärung vom 31. Januar 1957 (x155/101): >>Mit ihren Bündnispartnern ist die Bundesregierung darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß.

Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen.

Die Bundesregierung hält daran fest, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1937 maßgeblich sind, und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann. ...<<

02.02.1957

Österreich: Die österreichische Regierung verbietet am 2. Februar 1957 den kommunistisch gelenkten Weltfriedensrat.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Weltfriedensrat" (x009/481-482): >>Ständiger Ausschuß der Weltfriedensbewegung, hieß zunächst Weltfriedenskomitee. Wurde im November 1950 in Weltfriedensrat umbenannt.

Sitz des Weltfriedensrats und seiner ständigen Exekutivbüros: Prag. Die scheinbar überparteiliche Zusammensetzung und die teils allgemein humanitäre, teils christliche Tonart des Weltfriedensrats kann nicht verbergen, daß er sowjetisch gesteuert wird und dem Imperialismus der Sowjetunion als Tarnorganisation dient. ...

Seit 1957, seitdem die NATO sich um ein atomares Gegengewicht gegen die Rüstung und Atombewaffnung der Sowjetunion bemühen muß, sucht der Weltfriedensrat die Diskussion über diese Fragen zugunsten der Sowjetunion zu verfälschen und zu mißbrauchen. Der Weltfriedensrat hat für Agitationszwecke in Wien ein Zweigsekretariat.

Die österreichische Regierung mußte es am 2.2.1957 schließen, da der kommunistisch gelenkte Weltfriedensrat

1. einseitig Stellung zu Weltpolitik nimmt,
2. durch Verbreitung derartig einseitiger Erklärungen von Österreich aus in die innerstaatlichen Verhältnisse anderer Länder einwirkt und
3. damit die Neutralität Österreichs gefährdet. –

Seit Frühjahr 1961 bemüht sich der Weltfriedensrat, "christliche Friedenskongresse" u.ä. für seine sowjetische Agitation einzuspannen. Der 1. derartige Tarnkongreß fand im Juni 1961 in Prag statt. –

Der Weltfriedensrat ist wie der WGB (Weltgewerkschaftsbund), eine getarnte Ersatzorganisa-

tion für die Komintern bzw. das Kominform.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Weltfriedensbewegung" (x009/481): >>Entstand aus dem Weltkongreß der Kämpfer für den Frieden in Paris (April 1949), der durch die bolschewistische Kominform veranlaßt worden war.

Eine überparteilich aufgemachte Tarnorganisation des Weltkommunismus, die für jene Bedeutung des Begriffes Frieden kämpft, wie sie die Sowjetunion seit 1945 fordert.

Mit allen Mitteln der Agitation sucht die Weltfriedensbewegung Anhänger für die Politik der Sowjetunion zu gewinnen. Durch Kongresse und Tagungen aller Art und Unterschriftensammlungen sucht sie die herkömmliche wie die atomare Verteidigungsrüstung der nichtkommunistischen Staaten zu verdächtigen und zu unterwühlen.

Die Weltfriedensbewegung vertritt gewisse Hauptsätze der sowjetischen Politik: Koexistenz als Mittel zur Auflösung der NATO ... und ähnlicher Verteidigungsbündnisse der freien Welt, Abrüstung (aber ohne lückenlose Kontrolle auch auf Sowjetgebiet). ...<<

27.02.1957

China: Der chinesische Parteiführer Mao Tse-tung erklärt am 27. Februar 1957 zur "Frage von Widersprüchen im Volk" (x128/334): >>... Der Marxismus ist eine wissenschaftliche Wahrheit, er fürchtet keine Kritik. ... Die Politik, hundert Blumen nebeneinander blühen und hundert Denkrichtungen miteinander treten zu lassen, wird die führende Stellung des Marxismus in der Gedankenwelt gerade nicht schwächen, im Gegenteil, sie wird sie stärken.

Welche Stellung sollen wir gegenüber dem nichtmarxistischen Denken beziehen?

Gegenüber offenen Konterrevolutionären und denjenigen, die den Sozialismus sabotieren, ist die Sache einfach, man entzieht ihnen die Redefreiheit und damit gut.

Gegenüber falschen Ideen innerhalb des Volkes ist die Sache aber anders.

Geht es etwa an, solche Ideen zu verbieten und ihnen keinerlei Gelegenheit zur Äußerung zu lassen?

Gewiß nicht. Es ist nicht nur nutzlos, sondern äußerst schädlich, plumpe und summarische Methoden für die Behandlung ideologischer Fragen im Volke und für die Probleme in der geistigen Welt anzuwenden. ...

... Wir sind gegen jedes giftige Unkraut, aber wir müssen sorgsam unterscheiden, was wirklich giftige Kräuter und was duftende Blumen sind.

Wir müssen zusammen mit den Massen lernen, Blumen von Unkraut sorgfältig zu scheiden, und zusammen müssen wir die richtigen Methoden zur Vertilgung des Unkrauts anwenden lernen. ...<<

10.03.1957

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. März 1957 über den "Aufschwung-Mann" Ludwig Erhard: >>**Ludwig Erhard fordert: Maßhalten**

Appell des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard bei der Eröffnung der Frühjahrsmesse: "Wir sind ins Schlittern gekommen, weil wir die richtigen Maße verloren haben und drauf und dran sind, die Volkswirtschaft zu überfordern."

Er fordert maßhalten bei Tarifbeschlüssen - und die Spirale von Preiserhöhungen, die unweigerlich neue Lohnforderungen nach sich zieht, müsse ein Ende haben. ...<<

25.03.1957

Italien: In Rom werden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" treten am 1.01.1958 in Kraft.

Innerhalb von 12 Jahren sollen in den 6 Ländern der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle abgebaut und gemeinsame Außenzölle entstehen, um einen gemeinsamen Markt und eine Zollunion zu realisieren.

Zu den Aufgaben der EURATOM zählen: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich.



Abb. 67 (x303/197): EU-Flagge. Die zwölf Sterne zeigen nicht die Mitgliederzahl, sondern die Zahl "zwölf" gilt als Zeichen der Vollkommenheit.

Die Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") vom 25. März 1957 lautet wie folgt (x156/75): >>... Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande –

in dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen,

entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen,

in dem Vorsatz, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben,

in der Erkenntnis, daß zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse ein einverständliches Vorgehen erforderlich ist, um eine beständige Wirtschaftsausweitung, einen ausgewogenen Handelsverkehr und einen redlichen Wettbewerb zu gewährleisten,

in dem Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonischen Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten den Rückstand weniger begün-

stiger Gebiete zu verringern,
in dem Wunsch, durch eine gemeinsame Handelspolitik zur fortschreitenden Beseitigung der Beschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr beizutragen,
in der Absicht, die Verbundenheit Europas in den überseeischen Ländern zu bekräftigen und in dem Wunsch, entsprechend den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen den Wohlstand der überseeischen Länder zu fördern,
entschlossen, durch diesen Zusammenschluß ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen -
haben beschlossen, eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen ...<<

27.03.1957

Indien: Der polnische Ministerpräsident erklärt am 27. März 1957 während einer Pressekonferenz in Delhi (x125/181): >>... Ich möchte hinzufügen, daß wir jetzt nicht unmittelbar an die Bundesrepublik Deutschland grenzen, sondern an die Deutsche Demokratische Republik, die unsere Westgrenzen völlig anerkannt hat. Wir können uns keine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen, die diese Tatsache streicht. ... <<

25.04.1957

DDR: Während der 16. Tagung des FDJ-Zentralrates am 25. April 1957 betont der Zentralrat, daß die FDJ die führende sozialistische Jugendorganisation der DDR ist.

27.04.1957

DDR: Seit dem 27. April 1957 sind die sowjetischen Militärtribunale (SMT) nur noch für die Aburteilung strafbarer Handlungen von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte oder deren Familienangehörigen zuständig, die sich gegen die Sowjetunion, gegen Armeeangehörige oder deren Familienangehörige richten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sowjetische Militärtribunal" in der SBZ (x009/397-398): >>Vor dem sowjetischen Militärtribunal wurden bis zum 27.4.1957 nicht nur sowjetische Soldaten, sondern auch deutsche Staatsbürger angeklagt und nach sowjetischem Recht verurteilt.

Das Verfahren war der SBZ-Justiz entzogen. Mit allen Mitteln versuchten die Kommissare, ein Geständnis zu erlisten oder zu erpressen. Die Protokolle wurden in russischer Sprache abgefaßt. Die Akten der Voruntersuchung hatten in der Gerichtsverhandlung absolute Beweiskraft. Dem Angeklagten konnte das Recht auf mündliche Selbstverteidigung genommen werden. Das Gericht durfte auch Beweisstücke verwenden, die dem Angeklagten unbekannt blieben, konnte also Spitzelmeldungen heranziehen, ohne daß der Angeklagte etwas dagegen vorbringen konnte. Die Verfahren wurden oft in 5 bis 10 Minuten abgewickelt. Die Anklage stützte sich fast ausschließlich auf eines der "gegenrevolutionären Verbrechen".

Die Strafe lautete im Regelfalle auf 25 Jahre Zwangsarbeit. Anfechtung des Urteils war bei den wichtigsten "gegenrevolutionären Verbrechen" ausgeschlossen, in den übrigen Fällen war sie praktisch aussichtslos, weil sie nur Formfehler und "offensichtliche Ungerechtigkeit" angreifen durfte.

Die Verurteilten wurden zum Strafvollzug meist den Zuchthäusern in der SBZ zugewiesen; "gefährliche politische Verbrecher" wurden in sowjetische "Besserungsarbeitslager" (ITL) in der Sowjetunion übergeführt. Dort blieben sie für ihre Angehörigen verschollen, während den Insassen der Zuchthäuser ein beschränkter Briefverkehr gestattet war. ...

Seit dem Inkrafttreten des "Abkommens über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen" am 27.4.1957 sind die sowjetischen Militärtribunale (SMT) nur noch für die Aburteilung strafbarer Handlungen von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte oder deren Familienangehörigen zuständig, die gegen die Sowjetunion, gegen Armeeangehörige oder deren Familienangehörige gerichtet

oder bei Ausübung dienstlicher Obliegenheiten begangen worden sind.<<

Berlin: In Ost-Berlin beginnt am 27. April 1957 die Gründungskonferenz des Deutschen Turn- und Sportbundes.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Sport" in der SBZ (x009/412-413): >>... 1957 wurde der "Deutsche Turn- und Sportbund" (DTSB) gebildet, der alle Aufgaben des damit aufgelösten DSA übernahm. ... Die Industrie-Sportvereinigungen nach sowjetischem Muster bilden die Grundlagen des Sports.

Sie sind selbständige Organisationen der Gewerkschaften, die 10 % des gesamten Beitragsaufkommens für den Sport verwenden müssen. Sie heißen für alle Sportarten: Aktivist (IG Bergbau), Aufbau (IG Bau Holz), Empor (IG Handel), Einheit (IG VBV), Fortschritt (IG Textil), Chemie (IG Chemie), Lokomotive (IG Post, Transport und Verkehr), Medizin (IG Gesundheitswesen), Motor (IG Metall), Rotation (IG Druck und Papier), Stahl (IG Metallurgie), Turbine (IG Energie), Wismut (IG Wismut) und Wissenschaft (IG Erziehung, Wissenschaft).

Außerdem gibt es die Sportvereinigungen "Vorwärts" und "Dynamo" der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei.

Die Grundeinheiten der Sportvereinigungen sind die Betriebssportgemeinschaften (BSG).

Den Berufssportler gibt es in der "sozialistischen Gesellschaftsordnung" nicht. An seine Stelle ist der Staatsamateur getreten.

Auf Anweisung des Komitees für Körperkultur und Sport sind in vielen Sportarten "Schwerpunkte" gebildet worden. In diesen Sportclubs werden die Spitzensportler unter besonders qualifizierten Trainern zusammengezogen. Die Spitzensportler erhalten, ohne zu arbeiten, hohe Gehälter und genießen als "Repräsentanten der DDR" eine Vorzugsstellung und besondere Verehrung (z.B. Straßenradrennfahrer Gustav Adolf (Täve) Schur oder Skispringer Helmut Recknagel).

Dafür müssen sie sportliche Höchstleistungen vollbringen - bis 1960 sollten sämtliche deutschen Rekorde im Besitz der SBZ sein - und sich als Agitatoren für die Politik der SED betätigen. ...

... Der Förderung des Wehrsports dient das dem entsprechenden sowjetischen Wehrsportabzeichen nachgebildete Sportleistungsabzeichen "Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens".

Geländemarsch, Hindernislauf und Kleinkaliberschießen gehören zu den Übungen für Männer, Frauen und Jugendliche. ...<<

01.05.1957

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 1. Mai 1957: >>**Tempo 50 in geschlossenen Ortschaften**

Die 14.811 Verkehrstoten des Vorjahres führen zu einem Tempolimit von 50 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften.<<

04.05.1957

DDR: Der SED-Staatssekretär für das Hochschulwesen verkündet am 4. Mai 1957 die Einführung einer einjährigen Arbeitsdienstpflicht für Studienbewerber.

09.05.1957

DDR: Am 9. Mai 1957 tritt der zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Vertrag für die sowjetischen Besatzungstruppen in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Besatzungstruppen" in der SBZ (x009/67): >>... Erst seit dem 9.5.1957 (also lange nach der formellen Beendigung der Besatzungspolitik), gilt für die sowjetischen Besatzungstruppen der ... zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Truppenvertrag.

In dessen Einleitung findet sich die formelhafte Erklärung, er regle die "zeitweilige Stationie-

rung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR".

Im Vertrag wird u.a. behauptet,

1. die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungstruppen beeinträchtigt nicht die "Souveränität der DDR";

2. die Stärken, Standorte und zusätzliche Manövergebiete der sowjetischen Besatzungstruppen würden mit der Regierung der DDR beraten und vereinbart. ...

Diese Scheinzugeständnisse an die Regierung der SBZ entwertet der § 18:

"Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der DDR stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der DDR bei entsprechender Konsultation der Regierung der DDR und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage ... Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen."

Dieser § 18 legt auch formell die Macht über die SBZ in die Hand der sowjetischen Besatzungstruppen, sofern deren Oberkommando oder die Sowjetregierung es für notwendig halten. Die strenge Geheimhaltung der sowjetischen Besatzungstruppen und ihre Absperrung gegen die Bevölkerung machen genaue Angaben über Stärke und Standorte unmöglich.

Die "Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland" (Hauptquartier Wünsdorf südlich von Berlin) zählt unter dem Marschall J. E. Konjew mindestens 350.000 Mann; einschließlich aller Nachschubverbände, Stabs- und Verwaltungskräfte wahrscheinlich sogar 400.000 Köpfe.

...<<

16.05.1957

USA: Vor dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus erklärt der US-Abgeordnete Carroll Reece am 16. Mai 1957, daß Vorgänge bei der Vertreibung der Ostdeutschen als Völkermord eingestuft werden müssen (x028/230, x150/44): >>Während die UN-Konvention über Verhinderung und Bestrafung von Völkermord die Umsiedlung einer Bevölkerung nicht als Form des Völkermords erfaßt, würden dennoch Umsiedlungen, die zu Vertreibungen führen und mit dem Tod von Millionen enden, in die Kategorie des Völkermords fallen. ...<<

>>... Die Vertreibung war ein Unrecht, eine schwere Verletzung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze der Humanität, der Prinzipien der internationalen Moral.<<

26.06.1957

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 26. Juni 1957 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 32,3 Milliarden DM entfallen 32,5 % auf Sozialleistungen und 24,7 % auf Verteidigungskosten.<<

10.07.1957

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (28/1957) berichtet am 10. Juli 1957 über ein Gespräch mit dem Wirtschaftsexperten und SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Schöne (Thema: Gemeinsamer europäischer Markt): >>**ES IST VERFLUCHT TEUER**

SPIEGEL: Herr Dr. Schöne, ist der Eindruck richtig - den man in den Debatten über den Gemeinsamen Markt gewinnen konnte -, daß die SPD ihren ursprünglich ablehnenden Standpunkt hinsichtlich der Durchführung der europäischen Integration geändert hat? Sie sind als SPD-Bundestagsabgeordneter und als Mitglied des Parlaments der Montan-Union wohl besonders befugt, diese Frage zu beantworten.

DR. SCHÖNE: Die Erfahrungen, die wir im Montan-Parlament sammeln konnten, lassen sich, was diesen Punkt angeht, schnell zusammenfassen.

Uns wurde, nachdem die politischen Würfel gefallen waren, sehr bald klar, daß die Teilintegration, die wir - die SPD also - seinerzeit beim Schuman-Plan (Montan-Union) bemängelt hatten, in der Tat nur eine Teilintegration ist und daß das ganze Bemühen der Politik darauf gerichtet sein mußte, diese Teilintegration zu einer Vollintegration auszuweiten, um die Teilintegration nicht zum Versanden zu bringen.

SPIEGEL: Wir erinnern uns einer Äußerung, die Sie im März 1953 gemacht haben. Da sagten Sie, daß die ursprünglichen Befürchtungen der Opposition, die Montan-Union müsse sich zum Nachteil Deutschlands auswirken, inzwischen bestätigt worden seien; daraus hat man damals vielfach geschlossen, die SPD wünsche die Montan-Union eines Tages wieder aufzulösen; jetzt dagegen hat man beinahe den Eindruck, daß die SPD sogar integrationsfreudiger als selbst die CDU ist - etwa nach dem Prinzip: wenn schon, denn schon.

DR. SCHÖNE: Mit zwei guten deutschen Wörtern gesagt: Die Montan-Union ist ein Fakt, und es wird niemanden geben, der diese Tatsache aus der Welt schaffen kann. Das ist der Ausgangspunkt. Zweitens: Make the best of it!

SPIEGEL: Da wir im Wasser liegen, müssen wir schwimmen?

DR. SCHÖNE: Natürlich sind viele Bedenken, die wir seinerzeit mit Recht geäußert haben, zwar nicht ausgeräumt, aber doch wenigstens herabgemindert. Es gibt eigentlich jetzt nach unserer Auffassung nur die Flucht nach vorn. Und da muß ich noch daran erinnern - da Sie nun einmal diese Verträge mit angesprochen haben -, daß das eine, was wir damals auch kritisiert haben, die Begrenzung auf die Sechs war. Wir haben immer gesagt:

Je besser diese Gemeinschaft der Sechs funktioniert, um so mehr setzt sie sich gegenüber den anderen Volksgemeinschaften ab, und das muß vermieden werden. Wir haben daher die Assoziierung Englands begeistert begrüßt, wir warteten eigentlich händeringend darauf, daß die Österreicher dazustießen, um diese Begrenzung der Sechs weiter aufzusprengen.

SPIEGEL: Wir sind - es ist genau vier Jahre her - bei dem damaligen Präsidenten der Montan-Union, bei Jean Monnet in Luxemburg gewesen. Er hat uns dabei gesagt: Europa kommt schneller, als wir denken, und er hat das auf folgende Weise begründet:

Wenn die europäische Integration mit Kohle anfängt, dann werden die praktische Arbeit des Ministerrates der Montan-Union und die Debatten des Montan-Parlaments immer wieder an neue Probleme rühren. Sie kommen, sagte er uns, wenn Sie bei den europäischen Preisen sind, auf die Frage der Produktionskosten und der Besteuerung. Es wird dann zwangsläufig zur Angleichung der europäischen Steuersysteme kommen, zur Assimilierung der Sozialversicherung und der Soziallasten überhaupt. Ist das nun so eingetroffen? War der Rücktritt Monnets nicht Ausdruck dafür, daß es damit nicht geklappt hat?

DR. SCHÖNE: Man kann nicht Wirtschaftspolitik in Kohle oder in Eisen und Stahl treiben, ohne gleichzeitig die Gesamtwirtschaftspolitik zu sehen. Man kann nicht Verkehrstarife für Kohle und Stahl synchronisieren oder gleichmäßig gestalten, ohne den gesamten Wirtschaftsbau zu berücksichtigen. Aber in dieser eigentlich durch die Montan-Union vorgezeichneten Entwicklung trat dann eine Stockung ein - in dieser Lage brachte Jean Monnet mit seinem Rücktritt eine gewisse Zündung. Nein, das war nicht ungeschickt von ihm.

SPIEGEL: War der Rücktritt Monnets also einer der Gründe dafür, daß man nun - ziemlich überraschend, wie einem scheint - den Gemeinsamen Markt forcieren will?

DR. SCHÖNE: Überraschend kommt nur, daß insbesondere in Deutschland die Dinge nun mit einer ungeheuren Eile über die Bühne gebracht werden mußten. Dafür fehlt das Motiv. Die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit war stets erkannt, sie wurde jedoch auch dem, der es noch nicht wissen wollte, deutlich, als die Suez-Krise zur Debatte stand. Da ging es wie ein Ahnen durch das Abendland, daß man irgendwie doch miteinander verbunden sei.

SPIEGEL: Aber war nicht gerade damals der Eindruck in Deutschland der, daß diese Verbundenheit sehr fatale Effekte haben kann?

DR. SCHÖNE: Ich glaube, man muß hier die eigentliche Suez-Affäre von dem Versuch der englisch-französischen Lösung der Suez-Affäre trennen. Kalte Füße hat man bei der englisch-französischen Intervention bekommen. Ich meinte aber die Auswirkungen der Suez-Krise auf die gesamte Güterversorgung Europas und auf das volkswirtschaftliche Leben überhaupt.

SPIEGEL: Aber da treten nun tatsächlich auch die beiden Komponenten der europäischen

Integration sehr deutlich in Erscheinung. Sicher kann man sich ausrechnen, daß wir uns vielleicht als gemeinsames Europa eine bessere Ölversorgung sichern könnten - zum Beispiel durch gemeinsame Ausnutzung der Öllager in der Sahara.

Aber auf der anderen Seite ist doch auch durch die Suez-Affäre deutlich geworden, daß wir damit in üble kolonialpolitische Maßnahmen hineingezogen werden. Wir haben heute Freunde im Nahen Osten und in Afrika, und zwar ganz einfach deswegen, weil wir keine Kolonialherren sind. Ist es da vernünftig, daß wir unsere Freunde vor den Kopf stoßen - zugunsten einer Sache, die doch ziemlich heikel ist?

DR. SCHÖNE: Ja, wenn man nicht die Antwort so gibt: Vielleicht hätte Frankreich aber eine andere Suez-Politik getrieben, wenn die Organisation des Gemeinsamen Marktes damals schon bestanden hätte.

SPIEGEL: Sie meinen also, wenn die Integration schon durchgeführt gewesen wäre, wir die Franzosen vor ihrem Suez-Abenteuer gemahnt, gewarnt ...

DR. SCHÖNE: Es wäre, sagen wir mal, ein etwas ruhigerer Trend in die Dinge hineingekommen - aber genau weiß man es natürlich nicht. Die französisch-englische Intervention hat selbstverständlich die Gefahrenquelle dieser Seite ganz klar gezeigt, auf der anderen Seite aber auch deutlich gemacht, daß die abendländischen Volksgemeinschaften in einer Schicksalsgemeinschaft stehen.

SPIEGEL: Nun ja, Schicksalsgemeinschaft. Warum sollten wir aber nicht zum Beispiel mit selbständigen afrikanischen Staaten, die eines Tages vielleicht aus der Französischen Union von heute hervorgehen, auf Grund zweiseitiger Verträge verhandeln. Vielleicht könnten wir dann zum Beispiel unsere Ölzufuhr aus der Sahara sichern, ohne in das kolonialpolitische Spiel Frankreichs eingemischt zu werden.

DR. SCHÖNE: Es wird eine unserer wesentlichsten Aufgaben sein - und das ist in der Diskussion ja auch sehr deutlich gesagt worden -, uns aus der Kolonialpolitik herauszuhalten.

SPIEGEL Ist es nicht hier so ein bißchen "mitgefangen - mitgehangen"? Wenn Sie eine so hohe politische Hypothek in Kauf nehmen, was erwarten Sie dann eigentlich von dem Gemeinsamen Markt?

DR. SCHÖNE: Was wir von dem Gemeinsamen Markt erwarten, ist zunächst erstmal ein größerer Absatzmarkt, der gleichzeitig die Möglichkeiten einer weiteren Spezialisierung in der Produktion bringt. Dadurch ist eine Rationalisierung möglich, und die Rationalisierung bringt wieder die Möglichkeit einer Steigerung der Lebenshaltung. Die Steigerung der Lebenshaltung ist natürlich in einem größeren Markt viel leichter und eher möglich als in einem beschränkten nationalen Markt.

Wenn man zum Beispiel mal als Gradmesser für den Lebenshaltungsstandard den Rohstahlverbrauch je Kopf nimmt dann ergibt sich für die jetzt zusammenzufügenden Länder der europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft folgendes Bild Die Bundesrepublik hat einen Rohstahlverbrauch je Kopf von 456 Kilogramm. Dem steht gegenüber mit der schwächsten Zahl Italien mit 123 Kilogramm. Man sieht also, daß hier innerhalb des Gemeinsamen Marktes noch ein erheblicher Spielraum ist, den es auszufüllen gilt.

SPIEGEL: Interessant wären dazu Vergleichszahlen aus Amerika. Die USA haben mit ihren 170 Millionen Menschen einen Großmarkt ähnlich dem, den die europäische Wirtschafts-Gemeinschaft mit ihren 160 Millionen Menschen bieten würde. Aus amerikanischen Zahlen könnte man also ablesen, was der Gemeinsame Markt für die Erhöhung des Lebensstandards leisten könnte.

DR. SCHÖNE: Die amerikanische Quote für Rohstahl liegt bei 663 Kilogramm.

SPIEGEL: Aha, das ist immerhin ganz eindrucksvoll. Wenn man unterstellt, daß der amerikanische Großmarkt Voraussetzung für eine solche Ausweitung des Stahlkonsums und damit des Lebensstandards ist, dann müßte das in Europa ja ungefähr auch erzielt werden können.

DR. SCHÖNE: Jawohl, wir haben noch einen ganz enormen Spielraum drin, so daß man wohl sagen kann, daß ein Gemeinsamer Markt wirklich eine Steigerung der Lebenshaltung bringen könnte. Instrukтив ist auch die Pkw-Zahl je Einwohner. Ich möchte da mal, um einen Vergleich zu bringen, mit Amerika anfangen. In den Vereinigten Staaten fällt ein Pkw auf 3,1 Einwohner. Die Bundesrepublik wartet mit einer zehnfach niedrigeren Zahl auf. In der Bundesrepublik kommt ein Pkw auf 31 Einwohner.

SPIEGEL: Klar ist, daß ein großer Markt ökonomisch gesehen eine erstrebenswerte Sache ist, insofern nämlich, als eine Produktion auf 160 Millionen Kunden abgestellt werden kann. Da kommen natürlich bessere Kostenmöglichkeiten ins Spiel, als wenn man nur innerhalb eines kleinen Raumes von etwa 50 Millionen wirtschaftet. Da liegt doch der Kern.

DR. SCHÖNE: Da liegt der Kern. Man darf auch nicht verkennen: Ein größerer Markt bringt - zum Beispiel vom Verbraucher aus gesehen - eine viel größere Palette der Möglichkeiten, nicht?

SPIEGEL: Das dürfte nicht so unbedingt stimmen. Der große Markt verführt ja dazu, Betriebe zu automatisieren - eine Maßnahme, die einerseits nur großen kapitalkräftigen Betrieben möglich ist, die andererseits aber den Großbetrieben einen ungeheuren Rentabilitätsvorsprung vor den nichtautomatisierten Kleinbetrieben geben wird. Die Kleinen werden also eingehen, und mithin wird die Palette eigentlich kleiner.

DR. SCHÖNE: Es wird so sein, Sie werden nicht erleben, daß es auf dem Gebiet der Kleinwagen zum Beispiel nur einen Typ gibt, sondern es wird immer, sagen wir, Volkswagen und Renault geben, vielleicht verschwinden andere Kleinwagentypen. Auch mittlere und schwere Wagen werden Sie stets in mehreren Typen finden!

SPIEGEL: Hier sind wir vielleicht an einem der heikelsten Punkte angekommen. Wenn nämlich der Gemeinsame Markt so funktioniert, wie man es sich erhofft, dann ist doch damit zu rechnen, daß eine Menge von Industriezweigen in Deutschland, in Italien und in Frankreich von der jeweils anderen Konkurrenz, die nun auf Großmarktebene arbeitet, totgeschlagen wird.

DR. SCHÖNE: Sicher bringt natürlich dieser Gemeinsame Markt eine gewisse Bereinigung. Es werden manche Industrien, die an standortungünstigen Plätzen liegen, eingehen, und dafür werden Verstärkungen an anderen Plätzen eintreten.

SPIEGEL: Welche sehen Sie da? Gehen wir mal von den Deutschen aus. Welche Branchen, könnten Sie sich vorstellen, würden bei einem solchen echten Wettbewerb den kürzeren ziehen?

DR. SCHÖNE: Ich sehe bei den Deutschen eigentlich keine.

SPIEGEL: Da sind Sie optimistischer, als der CDU-Bundestagsabgeordnete Hellwig im Bundestag war. Der hat beispielsweise den Franzosen bescheinigt, daß sie auf verschiedenen Gebieten sehr gut seien. Er nennt zum Beispiel die Branchen Maschinenbau und Elektronenindustrie; da seien sie weiter als wir.

DR. SCHÖNE: Ja, aber die Ausführungen von Hellwig lassen eins vermissen. Man kann nicht sagen: Maschinenbau. Es gibt immer noch die Ausweichmöglichkeit, sich innerhalb des Maschinenbaus zu spezialisieren.

SPIEGEL: Sie meinen jetzt deutsche Firmen?

DR. SCHÖNE: Alle Firmen. Wenn zum Beispiel auf dem Gebiet des Maschinenbaues eine Firma mit einem großen Ausstoß merkt, daß sie bei bestimmten Baumaschinen oder dergleichen auf zu große Konkurrenz stößt, dann muß sie sich auf diese oder jene Dinge spezialisieren. Das sehe ich gar nicht allzu tragisch an. Es ist in der Bundestagsdebatte auch die Frage der kleineren und mittleren Betriebe angeschnitten worden. Man befürchtete, daß sie in Mitleidenschaft gezogen werden würden. Ich glaube das nicht, denn die mittleren und kleinen Betriebe basieren doch meist auf einem, sagen wir mal, mehr örtlichen Markt, und den werden

sie auch behalten.

SPIEGEL: Wenn Sie nun für keinen deutschen Industriezweig Sorgen vorzubringen haben, so kann man sich aber doch auch von deutscher Seite keineswegs für desinteressiert erklären, wenn zum Beispiel italienische Industriezweige, die zur Zeit florieren und mithin die soziale Sicherheit Italiens gewährleisten, nun durch den Gemeinsamen Markt erschlagen werden. Damit würde ein Faktor politischer und sozialer Unruhe in den Gemeinsamen Markt und in die ganze EWG hineinkommen.

DR. SCHÖNE: Das ist tatsächlich ein heikler Punkt. Man stellt sich eigentlich immer so primitiv vor, daß mit der Freizügigkeit des Kapitals und der Freizügigkeit der Arbeit alle Spannungen ausgeglichen werden könnten. Die Südtaliener, so sagt man, sollten einfach auswandern, etwa an die Ruhr, in den Bergbau gehen - und das Problem sei gelöst!

SPIEGEL: Im Endeffekt geht das zwar, aber natürlich nicht ohne soziale Erschütterungen.

DR. SCHÖNE: Ja. Und vor allen Dingen, es spielen ja gerade bei der Freizügigkeit der Arbeit, so viele Imponderabilien (unwägbar Gegebenheiten) mit. Viele Menschen würden es lieber in Kauf nehmen, zu einem niedrigeren Lohn in ihrer Heimat zu arbeiten, als zu einem höheren Lohn woanders hinzugehen.

SPIEGEL: Mendèz-France hat einmal in einer Debatte der französischen Nationalversammlung ein bedenkliches und reales Beispiel angeführt, nämlich die Herstellung der italienischen Einheit im vorigen Jahrhundert.

Die führte dazu, daß in Italien der arme Süden entstand. Nehmen wir an, die französische und die deutsche Autoindustrie automatisiere, gelange dadurch zu wesentlich geringeren Produktionskosten und würde damit die norditalienische Autoindustrie totmachen. Wie glaubt man in der Lage zu sein, mit recht geringen Umschulungsfonds und angesichts der wie Sie selber sagen - geringen Wanderlust der Arbeiter, einen solchen doch im Interesse selbst der gesamten EWG schädlichen Effekt aufhalten zu können?

DR. SCHÖNE: Wenn man das einmal unterstellt, daß dann die oberitalienische Automobilfabrikation zum Erliegen kommen würde, dann wäre es weniger das Problem, die dort beschäftigten Menschen nun meinetwegen nach Wolfsburg zu bringen oder nach Renault ...

SPIEGEL: Zumal sie dort wegen der Automatisierung ja auch nicht gebraucht werden würden.

DR. SCHÖNE: ... sondern in den norditalienischen Fabriken etwas anderes als Autos zu produzieren. Darin liegt ja eigentlich der Hauptsinn des Anpassungsfonds und der Investitionsbank des Gemeinsamen Marktes. Diese Institutionen sollen in die strukturellen Veränderungen ein langsames, organisches Tempo hineinbringen. Sie sollen in bedrohten Gebieten planmäßig neue Industrien züchten. Dann erreicht man eigentlich das, was man in einem Gemeinsamen Markt erreichen müßte, nämlich höchste Produktivität an den besten Stellen und gleichzeitig dort, wo die Menschen sitzen.

SPIEGEL: Was Sie eben gesagt haben, das ist so die Vision ...

DR. SCHÖNE: Ja.

SPIEGEL: ... die in den Generalklauseln des Vertragswerkes jetzt formuliert ist. Die steht da als das leuchtende große Ziel, das man erreichen will und dessen Attraktion man sich bei aller Skepsis auch nicht so leicht entziehen kann.

DR. SCHÖNE: Diese Vision wird noch attraktiver, wenn man beispielsweise das Pro-Kopf-Einkommen der Amerikaner, die den großen Markt haben, kennt. Der Amerikaner verdient zur Zeit pro Jahr rund 9.000 Mark, der Deutsche etwa ein Drittel davon.

SPIEGEL: Man sieht: Ein großer Markt kann Wohlstand bringen. Nun ist jedoch die Frage die: Auf der einen Seite steht die große Vision, und die ist in den Präambeln und den großen Generalklauseln dieses Vertrages sehr schön dargestellt. Aber wenn man den Vertrag genauer studiert, hat man den Eindruck, daß der Rest des Vertrages darin besteht, aus der Vision eine

Fata Morgana zu machen.

DR. SCHÖNE: Ich gebe Ihnen recht, daß natürlich diese Seite beim Aushandeln des Vertrages sehr stark in den Vordergrund getreten ist, besonders auf Grund des so merkwürdigen "europäischen" Verhaltens von Frankreich. Ich gebe zu, daß es sehr unschöne Flecken auf dem europäischen Gewande des Gemeinsamen Marktes gibt.

Wir dürfen auf der anderen Seite nicht verkennen, daß man in die Institutionen, die der Gemeinsame Markt gibt, eine Dynamik hineinlegen kann, die zu etwas Gutem führen könnte - ich sage bewußt "hineinlegen", da die Dynamik nicht von sich aus enthalten ist! Ich denke insbesondere an die Investitionsbank. Die Investitionsbank ist ja nicht nur dazu da, um Afrika zu entwickeln, sondern bezweckt, überhaupt unterentwickelte Gebiete zu fördern. Es ist also durchaus möglich, durch eine aktive Gestaltung der Investitionspolitik die Entwicklung trotzdem nach vorn zu bringen, damit diese mehr konservativen Tendenzen doch allmählich zum Abklingen kommen.

SPIEGEL: Ist aber nicht die Investitionsbank im Grunde genommen auch nur ein Notbehelf, und würde es nicht so sein, daß das wirkliche Funktionieren nur bei völliger Freiheit des Devisen- und Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedsländern da wäre?

DR. SCHÖNE: Ja, das ist richtig, aber sehen Sie, die Investitionsbank hat ja durchaus die Möglichkeit, auf Grund der staatlichen Gelder, die ihr zur Verfügung gestellt werden sollen, auch privates Kapital aus den verschiedensten Ländern der Gemeinschaft in bestimmte Zonen oder Distrikte zu dirigieren ...

SPIEGEL: Dann ist also der Dirigismus wieder da.

DR. SCHÖNE: ... Man muß eine Mischung von staatlichem und privatem Kapital vornehmen. Es wird Ihnen niemand sagen, daß Sie Ihre Millionen nun unbedingt in Oberitalien in einer Benzinfabrik anlegen sollen, sondern man wird über die Investitionsbank in bestimmten Gebieten des Gemeinsamen Marktes besonders günstige Möglichkeiten und Aussichten für private Kapitalanlagen schaffen. So etwa, glaube ich, könnte diese Investitionsbank und sollte sie arbeiten. Denn nur dann bekommt natürlich der gleichzeitig arbeitende Anpassungsfonds einen Sinn. Sonst wird der Anpassungsfonds zum Samariterkasten, aus dem sich sehr gut leben läßt, solange was drin ist.

SPIEGEL: Eben, hier taucht doch die Gefahr auf, daß dieser Samariterkasten dauernd geplündert wird. Frankreich hat bei den Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt eine höchst zwielichtige Rolle gespielt. Es hat sich auf der einen Seite fieberhaft um das Zustandekommen des Vertrages bemüht, andererseits aber soviel Wenn und Aber hineinpraktiziert, daß es eigentlich fraglich erscheint, ob nach der 15jährigen Anlaufprozedur dann wirklich der Gemeinsame Markt da sein wird.

Da meldet sich doch der Verdacht, daß es den Franzosen gar nicht um das europäische Einigungswerk geht, sondern daß sie sich die jeweils erwünschten Vorteile herausholen möchten. Ist nicht dafür gerade die jüngste Entwicklung, wir meinen den Einfuhrstopp der Franzosen vor einigen Wochen, ein schlagendes Beispiel?

DR. SCHÖNE: Das könnte auf den ersten Blick so erscheinen. Aber man darf dabei auch nicht übersehen, daß die kürzlich verkündeten wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Kabinetts Bourguès-Maunoury - Kontingentierung der Importe, Erhöhung gewisser Verbrauchssteuern und Verschärfung der Kreditpolitik - auch als Ausgangspunkt eines ehrlichen Sanierungsprogramms gewertet werden können.

SPIEGEL: Ein guter Anfang könnte das sein. Die Frage ist nur, wie lange sich Herr Bourguès-Maunoury hält, und inwieweit er mit seinen Restriktionsmaßnahmen zum Zuge kommt.

DR. SCHÖNE: Es ist zwar so, daß in Frankreich nichts beständiger ist als der Wechsel, da haben Sie recht. Aber man darf doch die Tatsache, daß diese Maßnahmen gerade vor der Verabschiedung der Verträge in Angriff genommen werden, als ein Zeichen ehrlichen Bemühens

ansehen.

SPIEGEL: Trotzdem erscheint uns das Taktieren der Franzosen insgesamt recht zwielichtig. Denken Sie zum Beispiel an den Vertragspassus, wonach Frankreich sein gegenwärtiges System der Einfuhrsteuern und Ausfuhrprämien praktisch auf unbegrenzte Zeit aufrecht erhalten darf. Einfuhrsteuern sind ja schließlich nichts anderes als Zölle, die den nationalen Inlandsmarkt gegen ausländische Konkurrenz schützen sollen. Wie man solche Zölle innerhalb des Gemeinsamen Marktes dulden kann, ist schlechterdings unbegreiflich, denn der Gemeinsame Markt ist ja in erster Linie eine Zollunion.

DR. SCHÖNE: Das ist natürlich einer der wundesten Punkte in der ganzen Entwicklung des Vertrages, das Anerkennen der französischen Privilegien.

SPIEGEL: Geradezu grotesk ist nun die Bestimmung, daß Frankreich dieses System der Einfuhrsteuern und Ausfuhrprämien erst zu beseitigen braucht, wenn seine Zahlungsbilanz einmal ausgeglichen sein sollte.

Seit Jahren ist diese Bilanz passiv, seit Jahrzehnten ist in Frankreich eine mal schleichende, mal galoppierende Inflation im Gange. Nun soll dieser sozusagen traditionelle Prozeß plötzlich wie durch ein Wunder - vielleicht aber durch den Samariterkasten, dessen Gelder aus dem deutschen Wirtschaftswunderland kommen - gestoppt werden?

DR. SCHÖNE: Es wäre sicher möglich gewesen, durch eine rechtzeitige Intervention der verschiedenen Parlamente, auch zum Beispiel des holländischen Parlaments, hier eine, sagen wir mal, europäischere Fassung durchzubekommen. Daß das nicht geschah, bleibt zu beklagen. Immerhin muß man bedenken, daß Frankreich alljährlich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über seine Geldpolitik Bericht erstatten muß.

SPIEGEL: Nun, das ist weiß Gott nicht viel. Das Recht zum Entgegennehmen von Berichten ist doch eine dürftige Machtvollkommenheit, besonders wenn man bedenkt, daß Frankreichs Geldpolitik vor allem unter der Lupe der französischen Nationalversammlung ist. Der Lobby-Apparat des französischen Parlaments ist doch wegen seiner Effektivität berühmt. Man kann sich vorstellen, wie der anfangen würde zu rotieren, wenn etwa von Veränderungen am französischen Wechselkurs die Rede sein würde. Keine französische Regierung würde das überstehen.

DR. SCHÖNE: Das ist einer der wundesten Punkte dieses ganzen Kapitels, und eine Lösungsmöglichkeit zeichnet sich jetzt eigentlich noch nicht ab. Ich bin nicht einer von denen, die unbedingt darauf vertrauen, daß die in dem Vertrag liegende Dynamik so groß ist, daß diese Schwierigkeiten mit der Zeit applaniert (eingeebnet) werden, sondern hier wird man wahrscheinlich in dem supranationalen Parlament und in den nationalen Parlamenten einige Male doch sehr, sehr deutlich sprechen müssen, und ich glaube, wir haben im Montan-Parlament so'n bißchen Erfahrung dazu gesammelt.

SPIEGEL: In Bonn hat man nun im Zusammenhang mit der wieder einmal prekären Wirtschaftslage Frankreichs den Eindruck, daß die Franzosen von uns recht gern Geld - man spricht von einer Milliarde - als Kredit zur Überwindung ihrer Schwierigkeiten erhalten möchten. Sie haben es ja auch durchgedrückt, daß sie im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten unter Umständen sogar mit Beistandskrediten der EWG-Genossen rechnen können. Nun bitten wir Sie, damit sind wir praktisch über den Gemeinsamen Markt auch noch verpflichtet, die Franzosen mit unserem Geld herauszuhauen, wenn sie dank ihrer schlechten und undisziplinierten Finanz-, Wirtschafts- und Währungspolitik in der Bredouille sind.

DR. SCHÖNE: Das ist die eine Seite der Beistandskredite. Solche Kredite brauchen nun aber nicht in jedem Fall verlorene Zuschüsse zu sein, denn man kann solche Beistandshilfen natürlich auch mit Auflagen versehen.

SPIEGEL: Gut, da wird die Sache interessant.

DR. SCHÖNE: Dann kann man die gute Seite dieser Beistandshilfen sehen.

SPIEGEL: Das bedeutet, daß - wenn die Mitglieder des Gemeinsamen Marktes den Franzosen aus einer solchen Patsche helfen - sie ihnen gewisse Auflagen hinsichtlich ihres Haushalts machen können? Und zwar mit der Drohung: Wenn ihr unseren Empfehlungen nicht folgt, bekommt ihr die Hilfe nicht. Sie meinen, das wäre schon recht wirksam?

DR. SCHÖNE: Das ist recht wirksam. Es wird sich bei diesen Hilfen nicht um gelegentliche Zurverfügungstellung von Mitteln handeln, sondern es muß sich um recht wirkungsvolle Sanierungsmaßnahmen handeln, und Sanierungsmaßnahmen werden in der Wirtschaft immer nur dann angewandt, wenn man weiß, daß der Patient sich auf den rechten Weg begibt. Ich glaube, daß das - es kommt darauf an, wie die Exekutive arbeitet. Nun werden Sie natürlich sagen: Die Hauptexekutive des Gemeinsamen Marktes ist der Ministerrat. Ich beklage das. Ich sehe auf der anderen Seite ein, daß man zunächst staatsrechtlich gar nicht anders kann, als mit einem Ministerrat als Hauptexekutive zu arbeiten.

SPIEGEL: Weil die Minister die einzigen sind, die in ihren jeweiligen Ländern etwas durchsetzen können.

DR. SCHÖNE: Weil die EWG ja nur ein Bund von Staaten ist und keine zentrale Staatsgewalt besitzt. Es wird am EWG-Parlament liegen und an der EWG-Kommission, auf dem, sagen wir mal, europäischen Wege zu marschieren und von dort her den Ministerrat sowohl supranational als auch national in die Schere zu nehmen.

SPIEGEL: Was hier zur Debatte steht, ist letzten Endes die Souveränität der einzelnen Länder, und der Gouverneur der holländischen Notenbank hat das dabei in Frage stehende Dilemma einmal sehr hübsch so beschrieben: Die Souveränität eines Landes schließt ihr Recht zur Inflation mit ein. Wenn wir aber nun anfangen, von der europäischen Instanz her nach Frankreich hineinzuregieren, da ruft man zweifellos in Frankreich böse Gefühle wach.

Und da wir, die Deutschen, immer die Sprecher der europäischen Autorität sein werden, wird sich der Widerstand des französischen Parlaments und der französischen Öffentlichkeit gegen solche Direktiven mit nationalen Emotionen anreichern; Mendès-France hat schon in der Nationalversammlung sehr schön auf diesem Klavier gespielt. Da reifen bedenkliche Entwicklungen heran.

DR. SCHÖNE: Ich kann Ihre Bedenken nicht ausräumen, ich will sie auch nicht verkleinern, sie sind da. Es ist eben im Moment keine andere Möglichkeit zu sehen.

SPIEGEL: Wäre es nicht besser gewesen, man hätte den wirtschaftlichen Integrationsprozeß Europas mit einer Währungsunion angefangen? Damit wäre von vornherein die ungesunde französische Geldpolitik unterbunden gewesen.

DR. SCHÖNE: Wenn man sagt: erst Währungsunion und dann Wirtschaftsunion -, da bitte ich folgendes zu bedenken: Wenn Sie eine gut funktionierende Währungsunion haben wollen, dann müssen Sie vorher die Staatsgewalten irgendwie unter einen Hut bringen, Sie müssen also einen Staatenbund oder dergleichen schaffen.

SPIEGEL: Souveränitätsrechte übertragen.

DR. SCHÖNE: Und das ist etwas, was meines Erachtens und auch nach Auffassung der meisten weder jetzt noch in absehbarer Zeit möglich ist.

SPIEGEL: Sie meinen, daß die Franzosen nicht bereit wären, das mitzumachen?

DR. SCHÖNE: Auf keinen Fall. Nun geht der Vertrag über den Gemeinsamen Markt einen sehr interessanten Weg, der auch bei der Bundestagsdebatte nicht so herausgekommen ist, wie er es vielleicht verdient hätte. Er versucht nämlich die monetäre Seite zu vernachlässigen und - nun muß man schon sagen - die güterwirtschaftliche Seite in den Vordergrund zu stellen. Er arbeitet also nach dem Prinzip: je aktiver, je wendiger und je wirkungsvoller meine auf das gemeinsame Ziel ausgerichtete Wirtschaftspolitik ist, um so mehr bringe ich die monetäre Seite zum Austrocknen, zum Abklingen, zum Wirkungsloswerden.

Ein durchaus richtiger Gesichtspunkt, der natürlich voraussetzt, daß man eben auf Jahre hin-

aus eine gemeinsame, wirklich energische Wirtschaftspolitik treibt. Und das zu versuchen, haben der Ministerrat und die Kommission des Gemeinsamen Marktes durchaus in der Hand. Und dann dürfen Sie nicht vergessen: Im Hintergrund steht doch eigentlich immer etwas: Wenn Sie diesen Vertrag der, wie man sagt, Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft ernsthaft angefangen haben, dann haben Sie die Wirtschaften auf eine Fahrbahn gestellt, von der es eigentlich ein Zurück nachher nicht mehr gibt.

SPIEGEL: Wobei man natürlich ein unheimliches Gefühl hat; denn wenn man so sagt: So, jetzt rein ins Wasser und nun schwimmen - dann kann man natürlich auch absaufen.

DR. SCHÖNE: Richtig. Aber noch stärker als der ökonomische oder der vertragliche Zwang ist der politische Zwang. Ich sagte vorhin, die Montan-Union ist ein Fakt. Es ist politisch einfach nicht mehr möglich, die Montan-Union heute nach Hause zu schicken. So ähnlich ist es hier auch. Man kann von der einmal festgelegten gemeinsamen Wirtschaftspolitik nicht mehr weg.

SPIEGEL: Aber ist nicht die Gefahr gegeben, daß - während die Deutschen, ständig gelockt von der Vision des Gemeinsamen Marktes, ständig Geld in die gemeinsame Kasse zahlen - die Franzosen nur ständig bestrebt sind, diese Vision zwar zu nutzen, gleichzeitig aber ihre Verwirklichung zu verhindern, so daß letzten Endes nichts anderes entsteht als ein System von Präferenzzöllen, die uns sehr, sehr schädlich sein werden, die unseren ganzen Handel, der ja doch zu zwei Dritteln nach sogenannten dritten Ländern geht, schwer schädigen und vielleicht sogar lebensgefährlich reduzieren können?

DR. SCHÖNE: Ja, das ist eine Gefahr. Ein Gegengewicht könnte wohl nur dadurch geschaffen werden, daß die EWG sich möglichst schnell mit der von England vorgeschlagenen Freihandelszone assoziiert. Frankreich möchte natürlich das Preisniveau des Gemeinsamen Marktes so hoch halten wie seine eigenen Preise jetzt sind. Es möchte dieses Preisniveau durch hohe Zollmauern schützen. Das aber würde sehr erschwert werden, wenn England sich dem Gemeinsamen Markt zur Freihandelszone angliedert.

SPIEGEL: Was passiert aber, wenn ... die Freihandelszone erreicht ist ...

DR. SCHÖNE: Ich glaube, daß - da folge ich, glaube ich, dem Regierungssprecher - England durch die Tatsache des Effektuiers des Gemeinsamen Marktes jetzt zu einer gewissen Eile gezwungen ist ...

SPIEGEL: Mitzumachen.

DR. SCHÖNE: Ja, mitzumachen.

SPIEGEL: Zunächst werden wir also damit rechnen müssen, daß in Deutschland die Zölle und damit für viele Waren die Preise hochgehen. Die Zölle der EWG sollen prinzipiell so berechnet werden, daß man aus den Zöllen der sechs einzelnen Nationalwirtschaften der EWG das arithmetische Mittel berechnet. Das sieht für Bananen zum Beispiel so aus:

Die Bundesrepublik erhebt zur Zeit null Prozent, Italien 36 Prozent. Das arithmetische Mittel ergibt 18 Prozent, also eine erhebliche Verteuerung für den deutschen Käufer. Dazu kommen bestimmte Zölle, die in Brüssel ohne Rücksicht auf die Arithmetik festgesetzt wurden. Bis jetzt zahlen wir für Weintrauben in gewissen Jahreszeiten fünf bis acht Prozent, in der EWG werden wir 18 Prozent zahlen.

DR. SCHÖNE: Rohseide wird von null Prozent auf fünf Prozent steigen. Dampfkraftmaschinen werden statt sechs Prozent dann zwölf Prozent Zoll fordern. Taschenuhren statt acht dann achtzehn Prozent.

SPIEGEL: Zollerhöhungen bedeuten höhere Preise für Waren, die aus dem Ausland kommen. Das wiederum bedeutet, daß - wenn Deutschland erst einmal im Gemeinsamen Markt ist - die Deutschen von den Waren, die aus Nicht-EWG-Ländern kommen, weniger kaufen werden. Die Einfuhren sogenannter "dritter Länder" nach Deutschland werden also sinken. Nehmen wir nun mal das Beispiel mit der Uhr. Wir erheben bisher acht Prozent und müssen jetzt zehn

Prozent mehr erheben. Das ist natürlich für die Schweizer Uhren-Industrie ein wesentlicher preislicher Nachteil. Da unsere Handelsbilanz mit der Schweiz aber aktiv ist und die Schweiz auf den höheren Uhrenzoll mit Gegenmaßnahmen antworten könnte, würde das natürlich für manche Industriezweige bei uns recht ärgerlich werden.

DR. SCHÖNE: Nein, das sehe ich nicht dramatisch.

SPIEGEL: Immerhin, in Holland sehen es namhafte Kreise so dramatisch. Da machte der "Telegraaf" (niederländische Tageszeitung) etwa folgende Rechnung auf: 60 Prozent des holländischen Außenhandels geht in sogenannte dritte Länder. Diese guten Kunden muß Holland nun durch Heraufsetzen seiner Zölle verärgern.

DR. SCHÖNE: Daß Holland natürlich in einer noch prekäreren Situation ist als die Bundesrepublik, ist klar, weil es viel weniger Eigenproduktion hat und meistens nur Veredelungsproduktion betreibt. Wahrscheinlich aber macht Holland dann die gleiche Rechnung auf, die wir - die mit der Wiedervereinigung Deutschlands zusammenhängenden Probleme haben wir jetzt bewußt herausgelassen - auch aufgemacht haben: Wenn man alles unter dem Strich ansieht, also auch politisch, dann muß man gleichwohl dazu kommen, ja zum Gemeinsamen Markt zu sagen.

SPIEGEL: Dieser Einwand stimmt einen aber doch recht unfroh. Sie, Herr Dr. Schöne, kommen aus der Wirtschaft, und ausgerechnet Sie, der Wirtschaftler, versteifen sich im wesentlichen auf politische Vorteile. In allen Präambeln steht, daß man von diesen Unternehmungen eine florierende Wirtschaft, einen billigeren Konsum und höheren Lebensstandard erwartet. Und nun sagen ausgerechnet Sie, daß in wirtschaftlicher Hinsicht nicht viel zu erwarten sei - dafür aber politisch.

DR. SCHÖNE: Das ist irgendwie mal angeklungen in der Bundestagsdebatte, ich weiß nicht, ich glaube, sogar Erhard hat es mal gesagt. Das entscheidende Politische - über die im Endergebnis später zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile hinaus - dabei ist, den Ländern vor Augen zu führen, daß sie eine Schicksalsgemeinschaft sind. So ungefähr klingt es da an.

SPIEGEL: Ja, ja, immer wieder die Schicksalsgemeinschaft.

DR. SCHÖNE: Ich glaube, das ist auch das, was man sehen muß. Wenn man sich einmal vergegenwärtigt, in welcher Situation sich die Ostblockstaaten befinden und welche konzentrierte politische Gewalt vom Ostblock ausstrahlt, dann fragt man sich, ob man sich's leisten kann, das Abendland auseinanderdividiert zu lassen in einzelne souveräne Staaten mit ihren eigenen Schrebergärtchen und ihrem eigenen Kirchturm - politisch wie wirtschaftlich, ob es nicht dann eine lohnende Aufgabe ist, die wirtschaftliche Konsolidierung dieses gesamten Abendlandes so weit zu führen, daß man tatsächlich sagen kann: Es funktioniert.

SPIEGEL: Aber wenn es nicht funktioniert, wenn es wirklich so ist, daß der Vertrag sich selbst im Wege steht? Dann gibt es keine Konsolidierung, sondern einen europäischen Wirrwarr. Der Reparations-Standpunkt der Franzosen schadet ja nicht nur uns, sondern auch ihnen.

DR. SCHÖNE: Das ist der Punkt: Wir tun - man gewinnt diesen Eindruck aus den Vertragsverhandlungen - immer noch so, als müßten wir jede Forderung, die von Italienern oder Franzosen aufgestellt wird, um jeden Preis erfüllen, bloß damit sie weiter mit uns spielen. Es ist diese Selbstentäußerung ...

SPIEGEL: So muß man wohl der deutschen Delegation, die den EWG-Vertrag ausgehandelt hat, den Vorwurf machen, sie habe diesen hohen Preis durch taktische Ungeschicklichkeit verschuldet. Man hätte doch ganz anders mit den Holländern zusammen taktieren können, die auch schwere Bedenken gegen die EWG haben und für sich dabei große Nachteile sehen. Zwar hat man den Holländern zum Beispiel bei der Verhandlung über die von Frankreich geforderten hohen Zollsätze in den Wandelganggesprächen gesagt:

Wir sind ganz eurer Meinung, geht mal ran - aber in den Verhandlungen hat man dann die Holländer praktisch in Stich gelassen. Finden Sie den Preis, den wir jetzt zu zahlen haben,

nicht einfach zu hoch?

DR. SCHÖNE: Ich glaube nicht, daß man sagen kann: der Preis ist zu hoch. Ich glaube, das Urteil könnte man erst nach einer Generation fällen. Ich möchte sagen: **Es ist verflucht teuer.**

SPIEGEL: Herr Dr. Schöne, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.<<

04.08.1957

Polen: Das polnische Außenministerium kritisiert am 4. August 1957 die "Berliner Erklärung" der Westmächte (x125/181): >>... Der herrschende Gedanke der Erklärung ist das Bestreben, die Deutsche Demokratische Republik aufzusaugen und dadurch ganz Deutschland dem Atlantikpakt zuzuführen und dem so vereinigten Deutschland volle Rüstungsfreiheit zu sichern.

Das muß ernsthaft die Bedrohung Polens und die Einbeziehung einer Reihe von Staaten in die abenteuerliche militaristische Politik deutscher Kreise verstärken. ...<<

13.08.1957

CSR: Nach einem Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 13. August 1957 sollen von den 650.000 Madjaren, die vor dem Krieg in der Slowakei lebten, noch 300.000 Madjaren im Land sein (x004/175).

20.08.1957

CSR: Nach einer Pressemeldung des "Münchener Merkur" vom 20. August 1957 sollen sich noch 123 verurteilte Deutsche in tschechischen Gefängnissen befinden. Darunter ist z.B. auch der ehemalige Wehrmachtsgeneral Toussaint (x004/79).

01.09.1957

Ostdeutschland: Der polnische Ministerpräsident Jozef Cyrankiewicz (1911-1989) spricht am 1. September 1957 bei einer Gedenkfeier in Breslau (x125/132): >>... Ein paarmal hat der Kanzler Adenauer erklärt, daß er durch ein zu positives Verhältnis zu Polen nicht unsere Situation gegenüber der Sowjetunion erschweren wolle.

Wir schätzen diese Sorge auf das vollste und wir verstehen diese Sorge. Aber wir verstehen sie so, wie sie jeder politisch denkende Mensch verstehen muß: in der genauen Umkehrung.

Das Ziel dieser Erklärungen war natürlich nur der Versuch, zwischen Polen und der Sowjetunion Mißtrauen zu säen, ein Versuch, der zwar in der Gesamtkonzeption der Politik der Bundesrepublik gegenüber Polen verständlich ist.

Wir können aber Herrn Adenauer versichern, daß - unabhängig von seiner Sorge und trotz seiner Deklaration - unsere Beziehungen zur Sowjetunion sich günstig gestalten und sich auf stärkere Grundlagen als jemals stützen. ...<<

15.09.1957

BRD: Bei der 3. Bundestagswahl am 15. September 1957 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 50,2 %, SPD = 31,8 %, FDP = 7,7 %, BHE = 4,6 %, DP = 3,4 %, Sonstige = 2,3 % (die KPD ist seit 1956 verboten).<<

16.09.1957

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung erkennt am 16. September 1957 die Oder-Neiße-Linie an (x155/58): >>... Sie betrachte die bestehende Oder-Neiße-Linie ... als endgültige polnisch-deutsche Grenze.<<

21.09.1957

Südamerika: Während der Fahrt von Buenos Aires nach Hamburg gerät das 1905 gebaute Segelschulschiff "Pamir" am 21. September 1957 südwestlich der Azoren in einen schweren Sturm. Als sich der Großsegler nach schweren Sturmböen plötzlich auf die Seite legt, ver-rutscht die Schiffsladung (Gerste) unaufhaltsam nach Backbord, so daß die "Pamir" kentert und sinkt.

Von den 86 deutschen Besatzungsmitgliedern des Viermasters (darunter sind 51 Schiffsoffiziere der Handelsmarine) können nur 6 Seeleute gerettet werden (x175/519).

03.10.1957

BRD: Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisiert am 3. Oktober 1957 Adenauers Rede (vom 22.09.1957) im nordamerikanischen CBS-Fernsehsender (x155/59-60): >>... "Unter Recht auf Heimat verstehe ich, daß die Leute in das Land, aus dem sie vertrieben sind, zurückkehren können."

Es ist dabei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, daß damit die Rückkehr unter eine fremde Staatshoheit verstanden werden muß.

Der Bundeskanzler hat weiter die Einordnung in eine höhere wirtschaftliche Ordnung gefordert und dabei auf die Montan-Union und den gemeinsamen Markt hingewiesen. Er hat weder politische noch staatsrechtliche oder völkerrechtliche Ansprüche geltend gemacht, auch das Selbstbestimmungsrecht nicht erwähnt und ausdrücklich erklärt:

"Ich habe immer das Recht auf die Heimat betont, auf den Platz, wo man geboren wurde. Ich habe niemals gesagt, was darüber hinausgeht." ...

Der Bundeskanzler hat dem Begriff "Recht auf die Heimat" eine Auslegung gegeben, die es zu einem reinen Aufenthaltsrecht degradiert. ...

Es trifft nicht zu, daß Herr Dr. Adenauer niemals mehr als dieses Recht auf die Heimat gefordert hat. Schon in der Neujahrsbotschaft 1946/47 hat er die Erklärung abgegeben:

"Kein christlich-demokratischer Staatsmann wird jemals die Oder-Neiße-Grenze anerkennen."

...

Der deutsche Bundesaußenminister hat in Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers am 28. Juni 1956 vor dem Deutschen Bundestag erklärt:

"Die Bundesregierung hat sich niemals mit der Teilung Deutschlands abgefunden. In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden." ...<<

15.10.1957

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung erkennt am 15. Oktober 1957 die DDR an (Aufnahme diplomatischer Beziehungen).

19.10.1957

BRD: Nach Anerkennung der DDR durch Jugoslawien und Aufnahme von diplomatischen Beziehungen bricht die Bundesrepublik Deutschland am 19. Oktober 1957 ihre politischen Verbindungen mit Jugoslawien ab (x006/625).

21.10.1957

Polen: Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt während einer Rede am 21. Oktober 1957 (x125/182): >>Die Westgebiete sind für Polen eine Frage um Leben und Tod, und jeder Pole weiß das! ...<<

24.10.1957

BRD: BGH-Präsident Hermann Weinkauff (1894-1981) erklärt am 24. Oktober 1957 während einer Gedenkansprache für die von der sowjetischen Geheimpolizei verhafteten Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft (x026/94-95): >>Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 wurde Leipzig der Sitz des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft am Reichsgericht, zunächst von amerikanischen Truppen besetzt. Diese zogen nach etwa 2 Monaten wieder ab, und russische Truppen rückten ein.

Einige Wochen danach wurden schlagartig an einem Tage etwa 35 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft von der russischen Geheimpolizei verhaftet und zunächst in die Gefängnisse, später in das Lager Mühlberg an der Elbe gebracht. ... Später folgten noch einige Verhaftungen, so daß schließlich 38 oder 39 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft im Lager Mühlberg saßen. ...

Von den 38 Verhafteten starben 34 in der Gefangenschaft, und zwar ganz überwiegend schon im ersten oder im zweiten Jahre. Einige wenige kamen später in das Lager Buchenwald und wurden dann bis auf einen in den berüchtigten Waldheimer Prozessen unter nichtigen Vorwänden zu durchschnittlich 25 Jahren Zuchthaus verurteilt und später nach etwa einem Jahrzehnt im "Gnadenweg" entlassen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, starb einer der Entlassenen auf besonders tragische Weise noch auf der Rückfahrt in seine Heimat.

Von den 38 Verhafteten haben also nur 3 die mörderische Haft überlebt. 2 von ihnen sind heute unter uns. Ebenso sind einige Frauen und Kinder der Verstorbenen hier.

Warum starben alle diese Männer so rasch und so unaufhaltsam? ...

Sie wurden unmenschlich behandelt, sie waren so unmenschlich untergebracht und ernährt und sie wurden zu so unmenschlichen Arbeitsleistungen gezwungen, daß jeder, der nicht ganz außergewöhnliche Kraftreserven, körperliche und seelische besaß, diesem furchtbaren Regime rasch erliegen mußte.

Sie sollten ihm erliegen und sie sind ihm erlegen. Die größte Schuld trägt der kommunistische deutsche Lagerleiter, der von einem infernalischem Haß gegen das Reichsgericht beseelt war und der ständig öffentlich verkündete, alle Reichsgerichtsräte müßten verrecken.

Ein Wort noch über die Behandlung der Frauen und der Familien der Verhafteten. Niemals erhielten die Frauen die geringste Nachricht, wo man ihre Männer hingebracht habe und was mit ihnen geworden sei. ... Auch von dem Tod ihrer Gatten erhielten die Frauen niemals Nachricht. Sehr viele Frauen hofften immer noch auf die Rückkehr ihrer Männer, die sie völlig schuldlos wußten, während diese schon längst schmachvoll irgendwo in dem Lager verscharrt waren. ...

Warum rühren wir heute wieder an diese Dinge? Warum enthüllen wir heute im Bundesgerichtshof diese schlichte Gedenktafel, die das Andenken an die Opfer eines mörderischen Regimes wachhalten soll?

Gewiß kann man sagen: Hier wurden die namenlosen Greuel des nationalsozialistischen Regimes mit ebenso namenlosen Gegengreueln beantwortet, die mit den NS-Greueln auch das gemeinsam hatten, daß sie ebenso blind, fühllos und rechtlos zuschlugen wie jene.

Aber einmal muß ja dieser tödliche Zirkel von Greueln und Gegengreueln durchbrochen werden, und einmal muß der rettende Absprung gefunden werden. Einmal müssen die Wahrheit und das Recht wieder siegen, und sei es auch nur in den Herzen der Menschen.

Es geziemt sich gerade für die Männer des Rechtes, im Bekenntnis zu diesem Glauben der unschuldigen Opfer und der Märtyrer des Unrechtes zu gedenken, die stellvertretend für uns gelitten haben, ihr Andenken zu ehren und sich vor ihrem Schicksal in Ehrfurcht zu neigen.

...<<

27.10.1957

BRD: In Bonn billigen die Delegierten der Vertriebenenverbände die gemeinsame Satzung für den Zusammenschluß ihrer Verbände und gründen am 27. Oktober 1957 den "Bund der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände".

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den "Bund der Vertriebenen" (x024/313-314): >>Das sich die deutschen Vertriebenen als Schicksalsgemeinschaft bei erster Gelegenheit in Organisationen zusammenschlossen, war selbstverständlich. Daß es ihnen jahrelang von den alliierten Siegermächten verboten worden war, kennzeichnet das schlechte Gewissen der Sieger, die bei dem Unrecht der Vertreibung mitgewirkt hatten.

Die Westmächte fürchteten die Vertriebenen als politische Kraft. Eine Organisation, so glaubten sie, würde ihre Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft verhindern oder zumindest verzögern. Eine schnelle Integration aber lag im Interesse der Alliierten, um einen möglichen Unruheherd zu beseitigen.

Die Organisationen der deutschen Vertriebenen bestehen auch heute noch ...

Natürlich wäre es für alle, die die Vertreibung der Deutschen vergessen machen wollen, bequem, wenn es die Organisationen der Vertriebenen nicht mehr gäbe. Ihr ständiges Mahnen, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ihr Hinweis auf die "offene deutsche Frage" ist ihnen jedenfalls lästig.

Für diejenigen, die glauben, daß die Entspannung mit dem Osten auch um den Preis weitgehender Zugeständnisse erkaufte werden müsse, wirken die Vertriebenenorganisationen mit ihrem starren Festhalten an jahrzehntealten Prinzipien natürlich als "Störenfriede". ...<<

29.10.1957

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 29. Oktober 1957 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen:

>>"DREIGETEILT - NIEMALS"

Vertriebene fordern Recht auf Heimat

Der Bund der Vertriebenen (BvD) und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt ("dreigeteilt – niemals").

In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...

Wurden noch bei der Volkszählung 1950 fast 8 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezählt, so sind es 1957 mehr als 10 Millionen. 400.000 von ihnen müssen noch in mehr als 3.000 Lagern leben. Die meisten dieser Baracken-Lager stehen in Niedersachsen.

Anfängliche Befürchtungen, die soziale Not der Vertriebenen und Flüchtlinge werde jahrzehntelang andauern und vor allem die von ihnen bewohnten Lager würden sich zum Herd eines gefährlichen politischen Radikalismus entwickeln können, bewahrheiteten sich nicht.

In zunehmendem Maße leben sich die Bürger ein. Die Gründung eigener Städte und Ortschaften, wie Ennepetal-Milspe und Espelkamp in Nordrhein-Westfalen oder Neu Gablonz in Bayern, bleiben die Ausnahme. Die Integration der Vertriebenen stellt eine der ganz großen Aufbauleistungen der frühen Bundesrepublik dar.<<